



# **DIE LINKE.**

## **Darmstadt**

Stadtverordnetenfraktion

Landgraf-Philipps-Anlage 32  
64283 Darmstadt

Telefon 06151 / 66 90 310

Telefax 06151 / 66 90 533

[info@linksfraktion-darmstadt.de](mailto:info@linksfraktion-darmstadt.de)

[www.linksfraktion-darmstadt.de](http://www.linksfraktion-darmstadt.de)

### **Antrag**

**an die Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Darmstadt**

Darmstadt, den 14.05.2018

### **Erweiterungsantrag zur Vorlage SV 2018/0015 „Straßenschild Hindenburgstraße“**

Der vorliegende Antrag SV 2018/0015 ist neben dem hier genannten Punkt 1 um einen weiteren Punkt 2 zu ergänzen:

1.

Der Magistrat wird aufgefordert, das an einem Straßenschild der „Hindenburgstraße“ vorhandene Zusatzschild auswechseln zu lassen gegen ein neues mit dem Inhalt: „Kriegsherr, Reichspräsident und Wegbereiter Hitlers“.

Ergänzung:

2.

a) Ein unabhängiger Fachbeirat ist einzurichten, der die Namen und Namensgeber\*innen der städtischen Straßen und Plätze, insbesondere der im Jahre 2014 identifizierten 180 Namensgeber\*innen, neu betrachtet und bewertet.

b) Der Fachbeirat gibt nach Abschluss seiner Prüfung der Namensgeber\*innen der der Straßen und Plätze Darmstadts, Empfehlungen an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ab.

c) Voraussetzung für die Neubewertung städtischer der Namensgeber\*innen städtischer Straßen und Plätze ist die kritische, wissenschaftliche Aufarbeitung der Biographien.

d) Diese Aufgabe soll von einer Fachkraft im Rahmen eines Werkvertrages vorgenommen werden. Die Aufarbeitung soll kostenneutral über Spendenmittel finanziert werden und in einem Zeitrahmen von zwei Jahren mit einer schriftlichen Dokumentation abgeschlossen werden.

Begründung:

Die kleine Anfrage der Fraktion die Linke aus dem Januar 2014 bezüglich der Namensgeber\*innen der Straßen und Plätze Darmstadts ergab, dass es nach einer ersten Durchsicht der Namensgeber\*innen im öffentlichen Raum noch ca. 180 Straßen und Plätze nach Personen benannt sind, die als „ehemalige hochrangige nationalsozialisten, Kriegsverbrecher oder andere Unterstützer totalitärer Systeme“ in Frage kommen.